

Die LINKE hat für die Bundestagswahl 2013 bereits zwei wichtige Richtungsentscheidungen getroffen: Sie hat 2011 ein neues Programm verabschiedet und 2012 den Parteivorstand neu gewählt. Noch zu klären hat die Partei Inhalte eines konkreten Wahlprogramms und die entscheidende Frage, wen sie bei der Bundestagswahl als Spitzenkandidaten in den Vordergrund stellt.

Die Ausgangslage der Partei ist alles andere als rosig. Das beginnt mit ihrem Personaldispositiv: Im Parteivorstand finden sich zwar „relativ“ ausgewogene Vertreter der unterschiedlichen Strömungen der Partei, doch wirken sie nicht gerade „kampagnenerprobt“. Ob die LINKE Wahlkampfeschlachtrösser wie Dietmar Bartsch und André Brie für den Wahlkampf aktivieren wird, ist mehr als fraglich. Zu sehr werden sie mit dem alten Reformflügel und dessen Bereitschaft zum Mitregieren in Verbindung gebracht, als dass man erwarten dürfte, dass die neuen Besen sich von den alten Recken beraten lassen werden.

Im gesellschaftlichen Meinungsklima erlebt die Partei seit der Bundestagswahl 2009 einen Abstieg. In Umfragen erhält sie längst keine zweistelligen Werte mehr, und selbst ein sicherer Einzug in den nächsten Bundestag ist zweifelhaft. Im August 2012 kam sie in Umfragen auf sechs Prozent. In den alten Ländern beginnt sie wieder an jenen Problemen zu kränkeln, die sie schon vor der Fusion mit der WASG quälten: einem personellen Angebot, das auf Wähler wenig attraktiv

wirkt, und einer Tendenz zu sektenhaftem Verhalten. 2012 wurde sie bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein auf den Status einer Kleinpartei zurückgeworfen und kann immer weniger auf den Westen als Stimmenbringer vertrauen. Ihre Fähigkeit, die Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen, scheint gefährdet.

Von der Aufbruchsstimmung nach der Vereinigung mit der WASG ist wenig übrig geblieben. Die Mitgliederzahlen unterschritten im August die psychologisch wichtige Marke von 70 000. Und diese sind ein Rest von 280 000 Mitgliedern, die nach der Austrittswelle 1990 in der PDS verblieben waren. Die Verluste gehen nicht nur auf natürliche Abgänge unter früheren SED-Mitgliedern zurück. Sie dürften auch eine Folge davon sein, dass sich der zwischen 2004 und 2007 unter der falschen Flagge „WASG“ durchgeführte Raubzug in klassische sozialdemokratische Milieus totgelaufen hat. Die faktische Eliminierung der Partei aus den angestammten sozialdemokratischen Hochburgen in Nordrhein-Westfalen spricht dafür Bände. Gleichwohl wird sie bis zur Bundestagswahl 2013 auf eine Strategie setzen, die eine Rückkehr Oskar Lafontaines auf die Ebene der Bundespolitik einschließen könnte. Sie wird versuchen, den Mythos einer angeblich „echten“ sozialdemokratischen Partei aufrechtzuerhalten.

Die Verabschiedung des Erfurter Programms 2011 und der Göttinger Parteitag 2012 haben die anhaltenden Konflikt-

linien innerhalb der LINKEN nur vorübergehend überbrücken können. Die größtenteils in den neuen Bundesländern beheimateten und durch pragmatische Politikansätze ausgewiesenen Reformer machten mit einem offenen Brief ihrer Fraktionsvorsitzenden Anfang September deutlich, dass sie den Einfluss der *Lunatic-fringe*-Kräfte, die mit dem „Lafontainismus“ (André Brie) in die Partei geschwemmt wurden, zurückdrängen möchten. Sie klagen zwar nur über mangelnden „Respekt“ gegenüber den dort erfolgreichen Parteigliederungen, doch steht hinter dieser höflichen Diktion der Wunsch nach einem Vorgang, den man in der SED eher als „Säuberung“ bezeichnet hätte. Denn tatsächlich dürfte eine aus Niederlagen geborene – strategisch absolut rationale – „Frontverkürzung“ beabsichtigt sein. Sie zielt auf Sicherung der Hochburgen im Osten und zugleich darauf, deren Gefährdung durch linkssektiererische Irrläufer in den alten Bundesländern zu unterbinden.

Programmatisch positioniert sich die Partei mit dem Beschluss der sogenannten „roten Haltelinien“ weiterhin als radikale Oppositionspartei – trotz zaghafter Angebote an potenzielle Bündnispartner. Die LINKE wird in ihrer Wahlkampfstrategie für die Bundestagswahl 2013 an das bisherige Erfolgsmodell der beiden letzten Bundestagswahlen anknüpfen: die Mobilisierung des größtmöglichen Protestes.

Personal: Eher Qual als Wahl

In einer solchen Situation kann sich die Auswahl der Spitzenkandidaten erheblich auf die Wahlchancen der Partei auswirken. Gregor Gysi wirkt schon seit Jahren von den „Mühen der Ebenen“ (wie es Erich Löst in einem Romantitel formulierte) erschöpft, wenn nicht sogar angewidert. Als er in seiner dramatischen Parteitagsrede in Göttingen vom Hass innerhalb der Partei sprach, ließ er kaum Zweifel aufkommen, dass er wohl wenig Inte-

resse daran hat, als Spitzenkandidat die Partei zu befrieden. Neue Impulse würden von ihm – wie von Oskar Lafontaine – nicht ausgehen. Lafontaines Position einer radikalen Opposition bei nur geringer Konzessionsbereitschaft gegenüber potenziellen Koalitionspartnern prädestiniert ihn nicht dafür, Mobilisierungserfolge wie 2005 und 2009 zu erzielen. Dazu hat sich das Themenfeld der LINKEN zu sehr verfestigt und zugleich von den Problemen der Menschen so weit entfernt, dass eine Ansprache über Mobilisierung von Sozialprotest unwahrscheinlicher scheint. Als weitere mögliche Spitzenkandidatin bietet sich derzeit Sahra Wagenknecht an, die sowohl in Partei als auch Fraktion eine stärkere Machtposition erstrebt. Auch hier sind Zweifel an ihrer potenziellen Wirkung auf Wähler berechtigt – trotz ihrer beachtlichen Bemühungen, das Image einer Neostalinistin abzustreifen.

Selbst die neue Parteispitze aus Katja Kipping und Bernd Riexinger scheint symptomatisch für das personelle Auslaugen der LINKEN. Katja Kipping, Jahrgang 1978, steht für eine neue Generation von Funktionären aus dem Osten ohne SED-Geruch. Man könnte sie als Fortsetzung von „Gysis bunter Truppe“ aus den 1990er-Jahren deuten, als die völlig überalterte Partei mit ihren wenigen jungen Leuten versuchte, sich ein frisches Image zu geben. Ihr innerparteilicher Aufstieg liest sich atemberaubend: April 1998 Eintritt in die PDS, 1999 bis 2005 Mitglied des Sächsischen Landtages, dann sogleich Mitglied des Deutschen Bundestages, 2007 eine der stellvertretenden Vorsitzenden der LINKEN und 2012 eine der beiden Vorsitzenden. Solch ein kometenhafter Durchmarsch ist nur in einer Partei denkbar, die über Wählerpotenzial, kaum aber über junge Mitglieder verfügt. Die LINKE, da kann man sicher sein, würde eine entsprechende Vita bei konkurrierenden Parteien unfehlbar mit dem Diktum „Polit-Karrierist“ belegen. Aber die 34-

Jährige hat durchaus Qualitäten, die sie für eine integrative Rolle in der Partei prädestinieren: Katja Kipping beherrscht alle gängigen Diskurse der unterschiedlichen Parteimilieus. Ihr Engagement für ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ und ihre Verankerung in der „Emanzipatorischen Linken“ stehen für ein modernes, eher grün-basisdemokratisches und radikal-demokratisches Gesicht, das die Partei gern herausstellen würde. Dass sie zusätzlich die Sprache der Altstalinisten und SED-Fossilien spricht, bewies sie im Juni 2010 mit ihrem Anwurf an den heutigen Bundespräsidenten, seine Kritik am realen Sozialismus verharmlose den Rechts-extremismus und spalte die Gesellschaft.

Katja Kippings westliches, aus der WASG stammendes Pendant Bernd Riexinger hat – nach eigener Darstellung – vor allem eine Gewerkschaftsvita. Der 1955 Geborene ist seit 1980 freigestellter Betriebsrat beziehungsweise Funktionär bei ver.di. Bei seinem Einstieg in die Landesführungsebene der damaligen Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) habe ihm, gab er zu Protokoll, vor allem gefallen, dass dort „ausnahmslos Leute aus der undogmatischen Linken“ aktiv gewesen seien. Im Jargon bedeutet „undogmatische Linke“: weder dem sozialdemokratischen Mainstream noch dem DKP-Spektrum zugehörig. So wird Riexinger vielleicht am baden-württembergischen Landesverband der LINKEN auch nicht der Modergeruch des Maoismus gestört haben: Die Hinterlassenschaften des Bundes Westdeutscher Kommunisten als „Kommunistische Arbeitsgemeinschaft in und bei der PDS“ hatten über mehrere Dekaden diesen PDS-Landesverband in ein Biotop für gut organisierte Sektierer verwandelt.

Strategische Ausrichtung zur Bundestagswahl

Wie alle anderen Parteien wird die LINKE erst im nächsten Jahr ihr Wahl-

programm beschließen. Unabhängig davon hat sie jedoch bereits in ihrem neuen Grundsatzprogramm vom Oktober 2011 wesentliche Inhalte definiert, die auch im Wahlprogramm eine Rolle spielen werden. Für die LINKE wie für die PDS gehört zu den traditionell strategischen Fragen, wie der Sozialismus am besten zu errichten sei. Eine große Rolle spielt daher von jeher, ob sich eine sozialistische Partei überhaupt in Parlamenten und in Regierungen (als Koalitionspartner) engagieren darf und soll. Regierungsbeteiligungen werden stets einer „Sozialdemokratisierung“ verdächtigt, welche einen „Systemwechsel“ verhindere.

Auch im Erfurter Programm von 2011 stand dies im Fokus der Auseinandersetzungen. Gegen den Willen der pragmatischen Reformer wurden sogenannte „rote Haltelinien“ beschlossen. Sie sind die von Oskar Lafontaine in die Partei eingebrachten grundsätzlichen Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung. Ihr Kern besteht in einer Ablehnung von Privatisierungen und „Sozialabbau“ sowie einer Bestandsgarantie mit Ausbauoption für den öffentlichen Dienst. Zudem darf es keinerlei Zustimmung zu einem wie auch immer gearteten militärischen Engagement der Bundesrepublik geben.

Auch 2013 regierungsunfähig?

Dennoch müssen die ostdeutschen Pragmatiker nicht auf Koalitionen verzichten. Auf Landesebene lässt eine Hintertür Koalitionen zu, in welchen die „Haltelinien“ naturgemäß umgangen werden. Allein hieran wird sichtbar, dass ein Kompromiss zwischen einer „Gegen-alles-Partei“ und einer „Regierungspartei“ in der Realität mehr als eine Zerreißprobe darstellt.

Konkrete politische Forderungen wiederholen im Großen und Ganzen lediglich das, was die Partei immer forderte: die Überwindung des „kapitalistischen Systems“, das Ausschütten eines sozialen Füllhorns, strikten Antimperialismus,

massive Umverteilung von Wohlstand und Einkommen sowie weitreichende Eingriffe in alle Formen des Eigentums. Welche Teile davon in ein Bundestagswahlprogramm Einzug finden, bleibt offen.

Das Erfurter Programm basiert auf einer marxistischen Gesellschaftsanalyse, die den Kapitalismus überwinden möchte: „Wir wollen alle gesellschaftlichen Verhältnisse überwinden, in denen Menschen ausgebeutet, entrechtet und entmündigt werden.“ Die einigende Formel vom „Systemwechsel“ wird in der Partei als Metapher für eine grundlegende Veränderung der Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verstanden. Dazu soll aus „passivem Unmut aktive Gegenwehr“ werden, und auch die Rede von der Notwendigkeit des „Widerstands“ stellt ein Kontinuum in der Programmatik dar. Wie bereits in den Jahren vor 2011 fordert die LINKE ein „ungehindertes Streikrecht“, den „politischen Streik und Generalstreik“. Er zählt für die Partei zu den „wirksamsten Kampfformen, um den Herrschenden und dem Kapital Grenzen zu setzen und Veränderungen zu erzwingen“. Dass dies nichts mit demokratisch legitimierten Verfahren und gesellschaftlichen Mehrheiten zu tun hat, muss nicht gesondert erwähnt werden.

Das politische Ziel der LINKEN wird nach wie vor als „demokratischer Sozialismus“ beschrieben. Dass dieser Begriff jedoch keine inhaltliche Nähe zum Verständnis eines demokratischen Sozialismus bei der SPD hat, liegt auf der Hand. Zunächst spricht zwar auch die LINKE von einer „Unenteilbarkeit der Menschenrechte“, stellt sie aber in einen ideengeschichtlich völlig anderen Kontext: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“

Unerwähnt bleibt an dieser Stelle (wie immer), dass die Unenteilbarkeit der Menschenrechte nach diesem Zitat von Marx erst „gewährt“ werden soll, wenn die bürgerliche Gesellschaft zuvor durch eine Revolution gewaltsam eliminiert wurde. Das schließt eine – wie auch immer gedachte – gewaltsame Homogenisierung der Gesellschaft ein und ist das genaue Gegenteil eines naturrechtlichen Verständnisses von Grundrechten und pluralistischer, freiheitlicher Demokratie.

Errichtung eines sozialistischen Systems als Ziel

Insgesamt lässt sich die programmatische Grundausrichtung mit den Begriffen Antikapitalismus, Antifaschismus und Antiimperialismus umreißen. Die LINKE – wie die PDS – will nach wie vor das bestehende „kapitalistische“ System überwinden und an dessen Stelle ein sozialistisches System etablieren. Dazu sollen die „Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse“ komplett verändert werden.

Die LINKE hat in ihrem Programm die Frage, wie sie die dazu von ihr geforderten sozialen Wohltaten finanzieren möchte, in altbewährter Weise beantwortet: Umverteilung von oben nach unten. Dazu plant sie wie bereits in früheren Programmen eine Vermögenssteuer (jährlich fünf Prozent auf private Millionenvermögen) sowie eine Erbschaftssteuer auf große Vermögen, wobei sie offenlässt, was ein großes Vermögen ist und welchen Teil sie den Erben überlassen möchte. Hier sind Schnittmengen zu potenziellen Koalitionspartnern angelegt. Jeder, bei dem die Partei Geld vermutet, soll mehr Steuern zahlen: Konzerne, Unternehmen, aber auch Arbeitnehmer – Letztere über die Einkommenssteuer und die Kapitalertragssteuer.

Man kann solche Programmatik für stark rückwärtsgewandt halten. Daraus zu folgern, sie sei möglicherweise für die politische Praxis eher irrelevant, verkennt

indessen die Bedeutung, die ideologische Grundfragen in Parteien mit einem marxistischen Selbstverständnis einnehmen. Wird das Programm durch dramatische Veränderungen der politischen Agenda überholt, so erliegen solche Parteien eher der Versuchung, neue Problemlagen zu ignorieren, als auf sie zu reagieren. Das Programm als Kanon ideologischer Glaubenssätze bleibt unantastbar. Ihre Weigerung, neue Probleme oder Chancen überhaupt anders denn durch die Folie ideologischer Überzeugungen wahrzunehmen, ist eines ihrer herausragenden Markenzeichen.

Ideologische Verblendung

Dieser Mechanismus scheint sich zu bestätigen, betrachtet man die ersten Ansätze der LINKEN zur Umsetzung ihrer Ziele im Wahljahr 2013. Anfang September diskutierte die Fraktion ein Strategiepapier „Politik sozial – LINKE 2013“. Demnach soll ganz einfach der erfolgreiche Wahlkampf des Jahres 2009 kopiert werden: „Wir knüpfen an unsere Erfolge dadurch an, dass wir unsere Schwerpunkte ‚relaunchen‘.“ Die Schwerpunkte sind ebenfalls alles andere als neu: Der „besondere Fokus – ausgebaut bis zum Alleinstellungsmerkmal“ erstreckt sich auf die bekannten Forderungen einer sozialpolitischen Umverteilung („Gutes Leben für alle“) mit den Kernforderungen nach massiver Vermögensbesteuerung und einer Krisenabgabe für Millionäre, ferner auf den Wunsch nach einer verstärkten Bereitstellung öffentlicher Güter. Zum „Lebensnotwendigen“ gehört in diesem Zusammenhang für die LINKE neben der Gesundheitsvorsorge und dem „Recht auf Wohnen“ skurrilerweise neuerdings die Forderung nach „kostenlosem WLAN-Anschluss für alle“ – die Existenz der Piratenpartei ist den Autoren des Strategiepapiers offenbar nicht völlig entgangen. Auch die Euro-Krise haben sie bemerkt, und ihre Konzepte da-

gegen verdienen aufgezählt zu werden: „Es bedarf Maßnahmen zur Umverteilung von oben nach unten, höherer Löhne, Renten und Sozialleistungen in Deutschland zur Verringerung des Leistungsbilanzüberschusses, einer strengen Regulierung der Finanzmärkte, der Banken, Versicherungen und Schattenbanken sowie einer Abkopplung der Staatsfinanzen von den Finanzmärkten.“ Ob mit dieser bemerkenswerten Idee, die Schuldenkrise mit noch mehr Schulden zu bekämpfen, ein Steuersatz von einhundert Prozent, die Betätigung der Notenpresse oder beides zugleich gemeint ist, bleibt zunächst offen.

Erkennbar bilden diese beiden Aspekte den zentralen Fokus der Wahlkampfstrategie. Sie werden ergänzt durch zwei weitere ideologische *Essentials*. Dazu zählt vor allem eine angebliche „Friedenspolitik“, die sich bei näherer Betrachtung wie üblich als Neuaufguss der klassischen Lenin'schen Imperialismustheorie erweist, nach der ausschließlich marktwirtschaftliche Systeme für sämtliche kriegerischen Auseinandersetzungen ursächlich sind.

Da Papier geduldig und die Situation günstig ist, hat das Strategiepapier einen weiteren Annex erfahren: den Kampf gegen Rechtsextremismus. Bei ihm könne man sich „nicht auf den Staat verlassen“. Ob damit gemeint ist, dass die Bekämpfung von Rechtsextremismus tatsächlich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, oder ob es eher um die Einrichtung einer staatlich finanzierten linksextremen „Antifa“ zur Jagd „gegen rechts“ geht, wird sich in der Praxis zeigen müssen.

Das alles ist nicht gerade spannend, und der Strategieentwurf wurde zwar in einer Fraktionsklausur beraten, über deren Ergebnisse aber Stillschweigen bewahrt. So wird zunächst mal nicht so sehr ein Angebot an die Wähler, sondern das Programm „Streit ist im Verein am schönsten“ auf der Agenda der LINKEN im Vorwahljahr stehen.